



1 Min

Windräder und Stromtrassen

Neue Regeln für Energiewende geplant

Stand: 09.02.2026 15:18 Uhr

Nach den Plänen von Wirtschaftsministerin Reiche sollen in manchen Fällen Entschädigungen wegfallen, wenn Wind- oder Solaranlagen wegen überlasteter Netze abgeregelt werden müssen. Aus der Branche kommt Kritik.

Das Bundeswirtschaftsministerium plant Reformen beim Ausbau der Stromnetze und der erneuerbaren Energien. Ziel der Reformen ist es, dass der Zubau von neuen Anlagen besser mit dem Netzausbau synchronisiert werden soll und so auch Kosten gesenkt werden können. Das geht aus einem Gesetzentwurf hervor, der mehreren Nachrichtenagenturen vorliegt. Zuerst hatte [der "Spiegel" berichtet](#). Ein Sprecher des Ministeriums wollte sich nicht zum Gesetzentwurf äußern.

Die Erneuerbare-Energien-Branche soll demnach je nach Region und Stand des Netzausbaus Zuschüsse zahlen, damit ihre Anlagen angeschlossen werden, wie aus einem Gesetzentwurf des Wirtschaftsministeriums hervorgeht. So sollen Anreize geschaffen werden für den Bau von Anlagen an Standorten, die für das Netz vorteilhaft sind. Damit würde das sogenannte Windhund-Verfahren abgelöst, wonach derjenige Vorrang für den Anschluss hat, der am schnellsten ist.

Teure Abregelungen

Bereits im vergangenen September hatte Wirtschafts- und Energieministerin Katherina Reiche nach einem Monitoringbericht "Schlüsselmaßnahmen" angekündigt, um die Energiewende besser bezahlbar zu machen. Denn aktuell kommt es immer wieder zur sogenannten Abregelung von Wind- und Solaranlagen - dann wird deren Leistung gedrosselt oder abgeschaltet, um Netzengpässe zu vermeiden. Die Eingriffe werden Redispatch genannt. Betreibern stehen für solche Fälle Entschädigungen zu, die jedes Jahr Milliarden kosten.

Das Ministerium plant nun einen sogenannten "Redispatchvorbehalt". Besonders belastete Netzgebiete sollen als "kapazitätslimitiert" ausgewiesen werden können - im Fall von Abregelungen soll dann an den entsprechenden Standorten für Neuanschlüsse keine Entschädigung mehr gezahlt werden. Wer also in einer Region Wind- oder Solaranlagen baut, obwohl es bereits vorher zu Abregelungen kam, wird bei diesen nicht mehr entschädigt. Damit würden die Redispatchkosten gesenkt, und so auch die Netzentgelte und der Strompreis für Endkunden, wie es im Gesetzentwurf heißt.

Obwohl es Fortschritte beim Ausbautempo gebe, könne der Netzausbau nämlich immer noch nicht mit dem Anlagenzubau Schritt halten - so würden zum Teil Solar- und Windkraftanlagen gebaut, obwohl das Stromnetz nicht darauf ausgelegt sei. Im Zuge der Energiewende müssen Tausende Kilometer neue Stromleitungen gebaut werden, damit der vor allem im Norden produzierte Windstrom in große Verbrauchszentren im Süden gelangen kann.

Zuschüsse zum Netzausbau

Reiche hat sich bereits dafür ausgesprochen, dass sich Betreiber von Anlagen erneuerbarer Energien an den Kosten des Netzausbaus beteiligen sollen. Im Gesetzentwurf ist von "Baukostenzuschüssen" die Rede. Dies könne für einen sparsameren Umgang mit knappen Anschlusskapazitäten sorgen.

Der Anschluss von Erzeugungs-, Speicher- und Verbrauchsanlagen an das Stromnetz sehe sich immer größeren Herausforderungen gegenüber, heißt es im Gesetzentwurf. Mit Großbatteriespeicheranlagen und Rechenzentren kämen weitere Akteure hinzu, die das Stromnetz massiv beanspruchten. Eine anhaltende "Antragsflut" von Großbatteriespeichern führe zu einer Überlastung der Netzbetreiber.

Massive Kritik an Plänen

Die Pläne lösten heftige Kritik aus. Die Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge sprach von einem "Angriff" auf die Energiewende, Reiche wolle den notwendigen Ausbau der Erneuerbaren abwürgen. Genau das Gegenteil aber sei nötig: ein schnellerer Ausbau von Wind und Solar sowie eine konsequente Digitalisierung und ein Ausbau der Netze.

Der Grünen-Energiepolitiker Michael Kellner sagte, Reiche wolle die Energiewende "killen". In einem erneuerbaren Energiesystem werde es immer wieder Überschuss geben. Statt deswegen den Ausbau zu verhindern, gelte es, diesen intelligent zu nutzen, zum Beispiel durch Speicher und durch eine beschleunigte Digitalisierung der Netze.

Carsten Körnig, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Solarwirtschaft, sagte, die in Erwägung gezogene Streichung von Entschädigungen im Falle verzögerten Netzausbaus würde die Energiewende in großen Teilen Deutschlands zum Erliegen bringen. "Das ist ein massiver Angriff auf den Klimaschutz und die Anstrengungen zu mehr Resilienz bei der Energieversorgung." Ein wirtschaftlicher Betrieb und die in der Regel erforderliche Aufnahme von Fremdkapital zur Finanzierung neuer Solaranlagen wäre unter diesen Voraussetzungen nicht mehr möglich. Der Vorschlag komme einem Anschlussverbot für Solaranlagen in "engpassbehafteten" Leitungsabschnitten gleich.

[Zur Startseite](#)

